



Nr. 32

Berlin, 19. August 2011

## Inhalt:

[Einigung TV-Nahverkehr Berlin -  
Russ: „Endlich haben die Arbeitgeber den Fuß von der  
Bremse genommen“+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW: Spitzengespräch zu Lebensarbeitszeitkonten+++](#)  
[dbb Hessen: Landtag soll Tarifvereinbarung vollständig für  
Beamte übernehmen+++](#)  
[dbb nrw: Landesregierung soll Initiative im Bundesrat ergreifen+++](#)  
[sbb: An Sachsens Schulen geht es eng zu](#)  
[dbb mecklenburg-vorpommern begrüßt Entscheidung  
zur Kreisgebietsreform+++](#)  
[Steuer-Gewerkschaft: Steuerabkommen muss auch  
Versicherungsverträge erfassen+++](#)  
[BDZ hält Tabaksteuererhöhung für wirkungsloses Instrument+++](#)  
[GDL deutet partielles Streik-Ende an+++](#)  
[VBE: Länder geben zum Schuljahresbeginn enttäuschende Signale+++](#)  
[VDR: Schulen sollen kein Experimentierfeld sein+++](#)

## [Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **Einigung TV-Nahverkehr Berlin - Russ: „Endlich haben die Arbeitgeber den Fuß von der Bremse genommen“**

**(dbb) Nach langen und schwierigen Verhandlungen konnten die Gewerkschaften in Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern BVG und BT am 18. August 2011 einen Durchbruch erzielen und Verbesserungen bei der Umsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten erreichen.**

Der 2. Vorsitzende und Verhandlungsführer der dbb tarifunion, Willi Russ, begrüßte in Berlin die Einigung: „Endlich haben die Arbeitgeber beim Nahverkehr den Fuß von der Bremse genommen und ihre bisherige Blockadehaltung gegenüber den Forderungen nach Verbesserungen bei der Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen für die Belegschaft aufgegeben.“ Dies stelle ein lang gefordertes Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten im Fahrdienst und die angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen und Belange dar.

Zu den erreichten Entlastungen zählen die Verringerung der dienstplanmäßigen täglichen

Arbeitszeit auf 8,5 Stunden, die Erhöhung der Ruhezeit zwischen den Schichten und die Einführung einer planmäßigen Mindesthaltezeit von vier Minuten an Endstellen zwischen 06:00 und 22:00 Uhr. Zusätzliche Änderungen gibt es bei der Weihnachtszuwendung.

Insgesamt bewertete die dbb tarifunion das Ergebnis als guten Kompromiss für alle Tarifvertragsparteien. „Jetzt liegt es auch an den Betriebsparteien, die erreichten Verbesserungen im täglichen Betriebsablauf für die Fahrerinnen und Fahrer erlebbar zu machen“, so Russ.

(01/32/11)

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

### **BBW: Spitzengespräch zu Lebensarbeitszeitkonten**

**(dbb) Spitzenvertreter des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW) sind am 17. August 2011 zu einem ersten Arbeitsgespräch mit der Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs und Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid zusammengetroffen. Das beherrschende Thema der Unterredung: Die Forderung des BBW nach Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.**

Während Ministerin Krebs und Finanzminister Schmid anfänglich übereinstimmend feststellten, dass Lebensarbeitszeitkonten nur in Verbindung mit Stelleneinsparungen oder Sparmaßnahmen an anderer Stelle zu verwirklichen seien, lehnten BBW-Chef Volker Stich und seine Stellvertreter eine solche Verkoppelung kategorisch ab. Zwar trennte man sich ergebnislos, jedoch sagten Krebs und Schmid zu, das Thema in einer Sitzung der Landesregierung intensiv zu beraten. Die Gespräche sollen in absehbarer Zeit fortgesetzt werden.

Der BBW sperrt sich nicht grundsätzlich gegen einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Das räumte Stich gegenüber den Vertretern der

Landesregierung und den Spitzenbeamten der Ministerien ein. Er erinnerte aber auch daran, dass jedem Stellenabbau eine Aufgabenanalyse vorangestellt werden müsse, und dass ein solches Vorgehen Grüne und Sozialdemokraten im Vorfeld der Landtagswahl zugesichert hätten.

Zwar will die Landesregierung einen Personalentwicklungsplan erstellen. Doch nach Ansicht des BBW ist es nicht sinnvoll, die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten so lange zu verschieben. „Die Beamtinnen und Beamten erwarten, dass die Regierung jetzt handelt“, mahnte Stich.

(02/32/11)

## **dbb Hessen: Landtag soll Tarifvereinbarung vollständig für Beamte übernehmen**

**(dbb) Der dbb Hessen hat am 16. August 2011 bei der Landtagsanhörung zur geplanten Besoldungserhöhung erneut Sonderopfer für die hessischen Beamtinnen und Beamten abgelehnt.**

Der Landesvorsitzende Walter Spieß bekräftigte die Auffassung, dass die im Gesetzesentwurf der Regierungsfractionen vorgesehenen Regelungen nicht akzeptabel seien. Durch die sechs- und siebenmonatige zeitverzögerte Übernahme der linearen Besoldungserhöhungen und die flächendeckende Verweigerung der Einmalzahlung von bis zu 360 Euro werde den Beamten erneut ein Sonderopfer auferlegt. Auch die Pensionärinnen und Pensionäre würden zusätzlich durch Kürzung der Sonderzahlung zur Ader gelassen.

„Eine solche Behandlung der hessischen Beamtinnen und Beamten durch ihren Dienstherrn ist unverständlich“, sagte Spieß. „Die Steuerquellen des Landes sprudeln wie noch nie. Die geplante Besoldungserhöhung gleicht noch nicht einmal die Teuerungsrate aus.“ Zudem habe Hessen die längsten Arbeitszeiten für Beamte im Bundesgebiet. Spieß kündigte für den 23. August 2011 eine Unmutskundgebung der Mitglieder des dbb Hessen in Wiesbaden an.

(03/32/11)

## **dbb nrw: Landesregierung soll Initiative im Bundesrat ergreifen**

**(dbb) Der dbb nrw hat die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat eine Initiative zur Erhöhung vermögenswirksamer Leistungen für Beamte zu ergreifen.**

Der Grenzbetrag von 971,45 Euro sei seit Jahren unverändert, eine Anpassung aufgrund wirtschaftlicher, finanzieller oder politischer Entwicklung habe nicht stattgefunden, erklärte der dbb nrw am 16. August 2011 zur Begründung.

„Jetzt fordert der dbb nrw die Landesregierung auf, über eine Bundesratsinitiative diese Grenzwertregelung im Gesetz ganz zu streichen und grundsätzlich den höheren Betrag von 13,29 Euro an vermögenswirksamen Leistungen zu zahlen.“ Dies sei dann immer noch nur ein Drittel des Betrages, der mit regelmä-

ßig 39,88 Euro Beschäftigten in der privaten Wirtschaft gezahlt wird.

Der dbb Landesvorsitzende Meinolf Guntermann erinnerte daran, dass die Zahlung vermögenswirksamer Leistungen durch den Dienstherrn oder Arbeitgeber eine Maßnahme ist, die immer im Zusammenhang mit persönlicher Vorsorge steht: „Eine Vorsorge, die neben gesetzlicher oder betrieblicher Vorsorge seit Jahren an Bedeutung zugenommen hat, was auch in der Zukunft verstärkt der Fall sein wird“, so Guntermann.

(04/32/11)

## **sbb: An Sachsens Schulen geht es eng zu**

**(dbb) Der Bildungsmonitor 2011 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) bescheinigt Sachsen das bundesweit beste Bildungssystem. „Die Studie sagt aber nichts über die tatsächlichen Probleme des kommenden Schuljahres aus“, erklärte der sbb beamtenbund und tarifunion sachsen dazu am 17. August 2011. „Statt um individuelle Förderung, wie in der Studie gelobt, wird es wohl vor allem um die Absicherung des Unterrichtes gehen. Ob Sachsen mit der immer kleiner werdenden Personaldecke das derzeitige Niveau des Bildungssystems halten kann, ist fraglich“, so der sbb.**

Das Schuljahr 2011/12 beginne mit dem Eingeständnis der Schulverwaltung, dass zunächst der Grundbereich – also der im Schulgesetz

verpflichtend vorgeschriebenen Unterrichtsstunden – abgesichert werden müsse. Erst

danach könne es überhaupt um die Qualität des Unterrichtes gehen.

Zwar sei im Moment der Unterricht rein rechnerisch abgesichert, aber mit jeder Erkrankung einer Lehrkraft werde eine Lücke in das wackelige System gerissen. Die eine oder andere Arbeitsgemeinschaft werde in diesem Schuljahr nicht stattfinden, weil der Unterricht Vorrang

hat. Erste Einschnitte müssten auch in der Ganztagsbetreuung hingenommen werden. Zu Vorstellungen des Finanzministeriums, bis 2020 etwa 5000 Lehrerstellen in Sachsen einzusparen, erklärte der sbb, damit werde Sachsens Bildungsvorlauf gegenüber anderen Bundesländern bald aufgebraucht sein.  
(05/32/11)

## **dbb mecklenburg-vorpommern begrüßt Entscheidung zur Kreisgebietsreform**

**(dbb) Mit der am 18. August 2011 getroffenen Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes wird eine langwierige Diskussion um Landkreisgrenzen und kreisfreie Städte in Mecklenburg-Vorpommern beendet. Das hat der dbb mecklenburg-vorpommern begrüßt.**

Damit bestehe Klarheit, wie die Verwaltungsstrukturen der bisherigen kreisfreien Städte und Landkreise des Landes ab 4. September 2011 aussehen sollen. „Vor allem für unsere Mitglieder in diesen Verwaltungen zeichnet sich ab, welche Aufgaben sie in diesen neuen Strukturen übernehmen werden. Die bisherigen Unklarheiten über ihre dienstliche und persönliche Zukunft werden überwunden“, sagte Landesvorsitzender Dietmar Knecht.

„Auch wenn wir die errechneten Einsparpotentiale der nunmehr bestätigten Reform nach wie vor für utopisch halten, sehen wir es als positiv an, dass die angestrebten Kosteneinsparungen nicht primär – wie sonst üblich - zu Lasten des Personals realisiert werden sollen“, so der dbb Landeschef weiter.

Als Erfolg sei zu werten, dass es während des Gesetzgebungsverfahrens gelungen ist, die Eigenständigkeit der Arbeitsschutzverwaltung

zu erhalten. „Wir haben uns mit dem Bund Technischer Beamter, Angestellter und Arbeiter (BTB M-V) jahrelang dafür eingesetzt, gut funktionierende Strukturen zu erhalten statt zu zerschlagen. Die Aufteilung der Arbeitsschutzverwaltung auf die neuen Landkreise hätte die Fach- und die Dienstaufsicht getrennt und somit zu mehr Verwaltungsaufwand geführt“, so Knecht.

„Auch wenn sich beispielsweise durch die neuen Landkreisstrukturen vielfach die Arbeitsbereiche und -aufgaben ändern, die Dienst- und Arbeitswege territorial größer werden: Unsere Mitglieder nehmen die neuen Herausforderungen an und werden motiviert die Umsetzung der Landkreisneuordnung unterstützen“, versicherte Gerald Krause, Landesvorsitzender der komba Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst im dbb mecklenburg-vorpommern.  
(06/32/11)

## **Steuer-Gewerkschaft: Steuerabkommen muss auch Versicherungsverträge erfassen**

**(dbb) Am Wert des Steuerabkommens Deutschlands mit der Schweiz haben sich nach Auffassung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) „weitere massive Zweifel“ ergeben. DSTG-Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler sagte am 17. August 2011: „Während die Öffentlichkeit bislang davon ausgeht, dass Schweizer Banken und Kreditinstitute die Funktion von Steuereintreibern erhalten soll, weisen wir darauf hin, dass zahlreiche Deutsche ihr Schwarzgeld auch bei Schweizer Versicherungen gebunkert haben. Wir erwarten eine umgehende Klarstellung, dass auch in Schweizer Kapital – und Rentenversicherungen gebunkertes Schwarzgeld vom Steuerabkommen mit erfasst und nachversteuert wird.“**

Die Schweiz und Deutschland hatten am 10. August ein Steuerabkommen paraphiert, das bei der DSTG bereits auf scharfe Kritik gestoßen war. Damit soll ab 2013 die künftige Besteuerung von Kapitalerträgen wie auch die Besteuerung von unversteuertem Geld für die Vergangenheit geregelt werden. Vorgesehen ist für die Vergangenheit eine anonyme und pauschale Steuer von 19 bis 34 Prozent, die durch die Schweizer Kreditinstitute erhoben und abgeführt werden soll.

Eigenthaler forderte nun, das Abkommen müsse klarstellen, dass auch an Schweizer Versicherungsunternehmen Auskunftsersuchen gerichtet werden dürfen. Zudem sei die ausgehandelte Garantiezahlung von zwei Milliarden Schweizer Franken vor diesem Hintergrund völlig realitätsfremd. Eine Garantiesumme müsse sich mindestens im zweistelligen Milliardenbereich bewegen. Der Bundesfinanzminister müsse hier nachverhandeln, so Eigenthaler.  
(07/32/11)

## BDZ hält Tabaksteuererhöhung für wirkungsloses Instrument

**(dbb) Die Tabaksteuererhöhung hat sich nach Einschätzung der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft „als wirkungsloses Instrument erwiesen“. Den Nachweis lieferten aktuelle Zahlen eines internen Papiers der Zollfahndung, so der BDZ am 11. August 2011. Die Zollgewerkschaft hatte bereits in der Anhörung zum Tabaksteuererhöhungsgesetz 2010 vor den negativen Auswirkungen für Fiskus und Gesundheit gewarnt.**

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" hatte berichtet, dass auch die jüngste Preiserhöhung im Frühjahr 2011 dazu beigetragen habe, dass die zu versteuernden Gewinne der Zigarettenindustrie weiter wegbrechen und die erhofften Mehreinnahmen des Bundes ausbleiben. Die Folge sei eine erhöhte Kriminalität beim Zigarettenmuggel.

Bereits im Zeitraum von 2003 und 2009 war der Absatz versteuerter Zigaretten von rund 133 auf 87 Milliarden Stück gesunken. Die Differenz von rund 46 Milliarden Zigaretten wird aber überwiegend durch illegale Ware kompensiert wird.

Der BDZ erneuerte seinen Appell, die Bekämpfung der Kriminalität erheblich zu intensivieren. Im Zusammenspiel nationaler und europaweiter Bemühungen zur Eindämmung von Zigarettenmuggel und -fälschungen müsse der Fahndungsdruck erhöht werden. Denn vor allem die grenzüberschreitenden Ermittlungen seien zeit-, kosten- und personalaufwändig. BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich sagte: „Eine freie Fahndung wird dadurch erschwert, dass der Zoll auch im Vollzugsbereich nach den Grundsätzen der Kosten- und Leistungsrechnung gesteuert wird. Solange der Zoll mit angelegten Fesseln arbeitet, ist die organisierte Kriminalität bei jeder Erhöhung der Tabaksteuer der lachende Dritte.“  
(08/32/11)

## GDL deutet partielles Streik-Ende an

**(dbb) Im Dauerkonflikt mit den zahlreichen Privatbahnen in Deutschland hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ein vorläufiges Ende der letzten Arbeitskämpfe angedeutet. Zwar gelte bereits für 95 Prozent aller 26 000 Lokomotivführer in Deutschland ein einheitlicher Tarifvertrag. „Beim Rest sage ich aber ganz nüchtern, dass wir mit unseren Aktionen nicht durchkommen“, sagte GDL-Chef Claus Weselsky der „Sächsischen Zeitung“ (Ausgabe vom 16. August 2011). Bei langen Tarifkonflikten wie bei der Vogtlandbahn in Sachsen nehme die Streikbereitschaft ab, so Weselsky. „Damit müssen wir leben und auf ein schnelles Ende drängen.“**

Ein generelles Ende des Streiks hat die GDL aber nicht ausgerufen. Bei der im Hamburger Umland aktiven Privatbahn AKN gehe der Ar-

beitskampf auch nach drei Wochen weiter, sagte der GDL-Bezirksvorsitzende Nord, Lutz Schreiber, der Nachrichtenagentur dpa. „Wir

betrachten jede Bahn für sich. Mit dem Ende der Ferien steigt der Druck auf die Unternehmensspitze.“

Mit einigen Bahnen wie Cantus und ODEG hat die GDL bereits eine Schlichtung verabredet, auch mit den Anbietern Nord-Ostsee-Bahn (NOB), Metronom und Veolia Verkehr Sachsen-Anhalt hoffe man noch auf eine Verständigung, sagte GDL-Sprecherin Gerda Seibert in Frankfurt am Main.

Weselsky warnte die Kompletterweigerer, zu denen die GDL neben AKN und Vogtlandbahn auch die Hohenzollernbahn rechnet: „Wer das aussitzen will, läuft Gefahr, vom Markt zu verschwinden. Auch weil ihnen die Lokführer weglaufen. Bei der Vogtlandbahn ist die Not so groß, dass sie 1000 Euro Kopfprämie für jeden angeworbenen Lokführer zahlt.“ Bundesweit fehlten rund 800 Lokführer.  
(08/32/11)

## VBE: Länder geben zum Schuljahresbeginn enttäuschende Signale

**(dbb) „Ein Land nach dem anderen stiehlt sich aus der Zusage, die ‚Demographie-Rendite‘ im Bildungsbereich zu halten“, kritisiert VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann mit Blick auf die Lehrerversorgung im neuen Schuljahr. „Damit nehmen sie den Schülerinnen und Schülern Bildungs- und Deutschland wichtige Zukunftschancen“, so der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung.**

„Es war Konsens, mindestens die frei werdenden Mittel aus dem Rückgang der Schülerzahlen zur Verbesserung der Lernbedingungen an den Schulen einzusetzen“, so Beckmann. „Das haben die Ministerpräsidenten auf den Bildungsgipfeln zugesagt. Nun setzen sie lieber auf die Vergesslichkeit der Bürger anstatt auf mehr Chancengerechtigkeit für die junge Generation. Nach der Kappung der Pläne, die Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 zu erhöhen, verweigern immer mehr Länder nun auch noch die ‚Demographie-Rendite‘ für den Bildungsbereich. Damit wird die Bildungsrepublik endgültig zur Worthülse.“

Beckmann weiter: „Ein deutliches Alarmsignal war für den VBE auch die jüngste Modellrech-

nung der Kultusminister zum Lehrerberarf bis 2020. Die Länder haben mit dem Rotstift den Lehrermangel in einen Lehrerüberschuss umgeschrieben. Die Berechnungsgrundlage dafür entbehrt jeder Transparenz und ist anscheinend zur geheimen Ländersache erklärt worden.“ Ein Griff in die Trickkiste sei es, so Beckmann, wenn vor diesem Hintergrund werbewirksam neue Lehrerstellen angekündigt würden, um zu verdecken, dass in Wirklichkeit infolge des Rückgangs der Schülerzahlen die Gesamtzahl der Lehrerstellen reduziert werde. Ein Beleg dafür sei auch, dass nicht in allen Ländern alle Stellen neu besetzt würden, die durch Kolleginnen und Kollegen, die in den Ruhestand gehen, frei würden.  
(09/32/11)

## VDR: Schulen sollen kein Experimentierfeld sein

**(dbb) Zum Schuljahresbeginn hat der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) erneut an die Politik appelliert, anerkannte und bewährte Bildungsgänge und Schularten nicht unnötig zu beschädigen und sich auf die Stärken des differenzierten Bildungswesens zu besinnen.**

VDR-Vorsitzender Jürgen Böhm sagte am 12. August 2011, angesichts erschreckender Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit in Europa von bis zu 50 Prozent, wie sie auch für die Entwicklungen in Großbritannien und der katastrophalen Lage der Jugendlichen in Spanien und Griechenland mitverantwortlich gemacht wer-

den, „sollten wir uns in Deutschland Gedanken darüber machen, wie wir unser anerkanntes und leistungsfähiges föderales Bildungssystem mit hochdifferenzierten Bildungsgängen und einer Vielzahl von Übergangs- und Entwicklungsmöglichkeiten für die Jugendlichen weiterentwickeln und qualitativ verbessern kön-

nen, statt unsere Kinder irgendwelchen Schulstrukturexperimenten mit unklaren Zielen auszusetzen“.

Eine Absage erteilte Böhm allen Bestrebungen, bewährte Schularten und Bildungsgänge abzuschaffen, qualitativ aufzuweichen oder Gemeinschaftsschulen nach spanischen, finnischen oder angelsächsischen Vorbildern zu

errichten. „Besonders die Realschulen und die Realschulbildung sind bei Schülern, Eltern und in der Wirtschaft hoch anerkannt und der Realschulabschluss bietet beste Entwicklungsmöglichkeiten hin zu qualifizierten Berufen bis zum Hochschulstudium“, zeigte sich Böhm überzeugt.  
(10/32/11)

## ***Namen und Nachrichten***

(dbb) Der dbb hamburg fordert seit langem, die Versorgungs- und Übergangsgelder für den Senat und seine Staatsräte zu überprüfen. So erhalte ein entlassener Staatsrat bereits nach einer eintägigen Amtsdauer für mindesten sechs Monate ruhegehaltfähige Dienstbezüge. Dass nun erst die Politik auf diese „recht merkwürdigen Verhältnisse“ aufmerksam werde, sei schon interessant, stellte der Vorsitzende des dbb hamburg **Rudolf Klüver** am 16. August 2011 fest. Man könne sich nur wünschen, dass nun auch etwas passiert. „Bei der klammen Haushaltslage der Stadt würde dann auch von der Regierung endlich mal ein Zeichen gesetzt werden, dass man gewillt ist, auch bei sich selbst zu sparen und nicht nur andere bluten zu lassen“, so Klüver mit Blick auf die Situation der Hamburger Beamtinnen und Beamten.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat einen Zeitungsbericht bestätigt, wonach 70 Prozent der Beschäftigten bei der Deutschen Bahn an ihrem Arbeitsplatz und durch ihre Tätigkeiten frustriert seien. „Die Kernaussagen sind völlig richtig“, sagte der stellvertretende GDL-Bundesvorsitzende **Norbert Qwitter** am 16. August 2011. Allerdings sei das nichts Neues. Als grundsätzliche Probleme nannte Qwitter den gravierenden Personalmangel bei Lokführern und Zugbeleitern der DB, mangelnde Qualifikationsmöglichkeiten und einen „nicht immer sachgerechten Umgang“ der Vorgesetzten mit den Mitarbeitern, etwa im Bereich des Mitarbeiterdatenschutzes.

Nachdem immer wieder Piraten deutsche Handelsschiffe angegriffen haben, will die Bundesregierung nun durchgreifen. CSU-Sicherheitsexperte Hans-Peter Uhl kündigte an, dass schwerbewaffnete, private Sicherheitsleute an Bord eingesetzt werden sollen. Dazu

sagte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt**, der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 17. August 2011), er habe aus der Bundesregierung „die klare Botschaft erhalten, dass Polizisten oder Soldaten für die Bewachung von Handelsschiffen nicht in Frage kommen“. Es sei „absolut richtig, angesichts begrenzter Ressourcen bei Polizei und Marine auf private Sicherheitsfirmen zurückzugreifen“, die von der Bundespolizei zertifiziert werden.  
(11/32/11)